

Im Gewerbegebiet GE und im eingeschränkten Gewerbegebiet GEe sind Einzelhandelsbetriebe. Tankstellen und Vergnügungsstätten unzulässig. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 (1) Nr. 1 BauGB §§ 16 u. 19 BauNVO Zulässige Grundfläche Abweichend von § 19 (3) BauNVO sind gemäß § 19 (4) Satz 3 BauNVO für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche die Flächen der Baugrundstücke einschließlich der festgesetzten privaten Grünflächen heranzuziehen. Höhe und Höhenlage baulicher Anlagen Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen für bauliche Anlagen ist 121,58 m ü. NN. (siehe eingetragenen Höhenpunkt am Die höchstzulässigen Oberkanten von Gebäuden dürfen von technischen Aufbauten (Haustechnik u.a.) um höchstens 5,00 m überschritten werden bei insgesamt nicht mehr als 10 % der gesamten Dachfläche und einem Abstand von mindestens 5,00 m zur Gebäudeaußenkante. Darüber hinaus dürfen die höchstzulässigen Oberkanten von Gebäuden durch Aufzüge und Treppenhäuser überschritten werden. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE § 9 (1) Nr. 2 BauGB § 23 BauNVO Baulinien und Baugrenzen Baulinien und Baugrenzen dürfen um bis zu 0,5 m überschritten werden, sofern diese Überschreitungen nicht mehr als 30 % der Länge der jeweiligen Fassadenseite einnehmen. Überschreitungen der Baugrenzen im direkten südlichen Anschluss an den Vilbeler Pfad bzw. die Stadastraße sind jedoch ausgeschlossen. § 9 (1) Nr. 4 BauGB § 14 BauNVO NEBENANLAGEN Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen 5. STELLPLÄTZE, CARPORTS UND GARAGEN § 9 (1) Nr. 4 BauGB § 12 (6) BauNVO

Garagen, Carports und Stellplätze sind auf den hierfür gekennzeichneten Flächen sowie innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Nicht zulässig sind Garagen, Carports und Stellplätze im direkten südlichen Anschluss an den Vilbeler Pfad bzw. die Stadastraße (siehe textliche Festsetzung Nr. A 9.4) sowie innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen. 6. BEREICH OHNE EIN- UND AUSFAHRT § 9 (1) Nr.11 BauGB Der Bereich ohne Ein- und Ausfahrt darf im Bereich des Parkdecks für eine Zufahrt mit einer Breite von maximal 20 m unterbrochen werden. Die Ein- und Ausfahrt ist im Norden des Parkdecks vorzusehen, wobei das südliche Ende der Ein- und Ausfahrt in maximal 32 m Entfernung von der nördlichen Grenze des Flurstückes 31/1, Flur 23, Gemarkung Bad Vilbel, anzuordnen ist. VERSORGUNGSLEITUNGEN § 9 (1) Nr. 13 BauGB Innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen sind Versorgungsleitungen unterirdisch zu führen. NATUR UND LANDSCHAFT § 9 (1) Nr. 20 und 25 BauGB 8.1 Pflanzmaßnahmen auf den Baugrundstücken Gemäß örtlicher Bauvorschrift (siehe unten Nr. B 4.2 a) sind 20 % der Baugrundstücksfläche gärtnerisch zu gestalten. 50% dieser gärtnerisch zu gestaltenden Fläche sind mit standortgerechten, heimischen Gehölzen gemäß Auswahllisten 1 und 3 zu bepflanzen (1 Strauch pro m² bzw. 1 Baum pro 5 m²). Vorhandene standortgerechte und heimische Gehölzbestände können hierauf angerechnet werden. Die Gehölzpflanzungen sind zu erhalten und bei Verlust zu b) Je angefangene 300 m² der 20 % Baugrundstücksfläche, die gärtnerisch zu gestalten sind, ist ein Laubbaum gemäß Auswahlliste 1 zu pflanzen, zu erhalten und bei Verlust zu ersetzen. Vorhandene standortgerechte und heimische Laubbäume können hierauf angerechnet werden. Je 5 zusammenhängende Stellplätze außerhalb von Parkdeck und Tiefgarage ist ein Baum der Auswahlliste 1 zu pflanzen,

zu erhalten und bei Verlust zu ersetzen. Die Größe der

Baumscheiben muss mindestens 4m² betragen.

Auswahlliste 3 (1 Strauch/m²) zu bepflanzen. Die Anpflanzungen sind zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen. 8.3 Erhaltung von Bäumen und Sträuchern Die als zu erhaltend gekennzeichneten Bäume und Sträucher sind vor Beeinträchtigungen während der Bauphase gemäß DIN 18920 zu schützen. Sollte es trotz geeigneter Schutzmaßnahmen zum Verlust von Bäumen und Sträuchern kommen sind Ersatzpflanzungen gemäß Auswahlliste 1 und 3 (1 Strauch/m²) vorzunehmen. Die Ersatzpflanzungen sind zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen. FLÄCHEN FÜR BESONDERE ANLAGEN UND VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELT EINWIRKUNGEN I. S. DES BUNDES-**IMMISSIONSSCHUTZGESETZES** 9.1 Das resultierende Bauschalldämm-Maß R'w,res der Außenbauteile in den Produktionsräumen der nördlichen Gebäudezeile am Vilbeler Pfad bzw. an der Stadastraße muss in Abhängigkeit von der Produktionszeit mindestens betragen bei Nachtproduktion: R'w,res größer/gleich 45 dB bei Tagproduktion: R'w.res größer/gleich 35 dB. 9.2 Die Fenster in den Produktionsräumen der nördlichen Gebäudezeile am Vilbeler Pfad bzw. an der Stadastraße dürfen auch zu Lüftungszwecken nicht geöffnet werden. Dies ist durch geeignete Maßnahmen (z.B. Anbringung von Spezialschlössern, Abschrauben der Fenstergriffe) sicherzustellen. 9.3 An den technischen Aggregaten (z.B. Lüftungs- und Kühlanlagen) auf dem Dach oder an der Nordfassade der nördlichen Gebäudezeile am Vilbeler Pfad bzw. an der Stadastraße sind durch technische Vorkehrungen nach dem Stand der Technik derartige Maßnahmen zu treffen (z.B. Installation von Schalldämpfern), dass durch diese Anlagen in der Summe ein Schallleistungspegel nach DIN 45635 "Geräuschmessung an Maschinen" bzw. nach DIN EN ISO 3746 Bestimmung der Schallleistungspegel von Geräuschquellen aus Schalldruckmessungen" von L wa = 65 dB(A) in der Nachtzeit zwischen 22.00 und 6.00 Uhr Lwa = 75 dB(A) in der Tageszeit zwischen 6.00 und 22.00 Uhr nicht überschritten wird. Stellplätze sind im eingeschränkten Gewerbegebiet GEe im direkten südlichen Anschluss an den Vilbeler Pfad bzw. die Stadastraße nicht zulässig. § 9 (4) BauGB i. V BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN m. § 81 (4) HBO Sachlicher Geltungsbereich Die Vorschriften sind anzuwenden bei Neubauten, Umbauten, Erweiterungen und Instandsetzungsarbeiten für bauliche Anlagen, Einfriedungen, PKW-Stellplätze und Grundstücksfreiflächen. Den Vorschriften unterliegen neben den baugenehmigungspflichtigen Maßnahmen nach § 54 HBO auch sämtliche genehmigungsfreie Maßnahmen nach §§ 55 WERBEANLAGEN Werbeanlagen dürfen an der Stätte der Leistung ausschließlich auf der der Friedberger Straße zugewandten Seite des Geltungsbereiches vorgesehen werden. Die denkmalgeschützten Gebäude im Nordosten des Geltungsbereiches sind von jeglicher Werbung freizuhalten.

§ 81 (1) Nr. 1,2 und 7 HBO Als Werbeanlagen zulässig sind unbeleuchtete und einzeln hinterleuchtete Buchstaben und Konturen. Die einzelnen Buchstaben dürfen eine Höhe von 1,50 m nicht überschreiten. Insgesamt dürfen die Werbeanlagen maximal 4,00 m hoch und 8,00 m lang sein; bei untereinander angeordneten Einzelbuchstaben darf eine Gesamtlänge der Werbeanlage von 9 m nicht überschritten werden. Es sind maximal zwei Werbeanlagen dieser Art zulässig. Einfriedungen sind von Werbeanlagen freizuhalten. Werbung mit blitzendem, wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht ist unzulässig. EINFRIEDUNGEN § 81 (1) Nr. 3 und 7 Entlang der Friedberger Straße sind im Bereich vom südlichen Ende der denkmalgeschützten Gebäude bis hin zum nördlich angrenzenden Kreisel Einfriedungen unzulässig. Ggf. aufgrund des Geländeverlaufes erforderliche Absturzsicherungen sind aus Plexiglas oder aus einem anderen transparenten Material herzustellen.

Vegetationsflächen abzuleiten und zu versickern. BEGRÜNUNG BAULICHER ANLAGEN UND § 81 (1) Nr. 5 HBO GESTALTUNG DER GRUNDSTÜCKSFREIFLÄCHEN 4.1 Begrünung des Parkdecks und von Stützmauern Am Parkdeck ist je angefangene 5 m Fassadenlänge ein Rankgehölz gemäß Artenliste 2 zu pflanzen, zu erhalten und bei Verlust zu ersetzen. Erforderliche Stützmauern sind in aleicher Weise zu begrünen. 4.2 Gestaltung der Grundstücksfreiflächen 20 % der Baugrundstücksfläche sind gärtnerisch zu gestalten (siehe in Ergänzung auch Festsetzung Nr. 8.1 a). Die nicht überbauten Tiefgaragenflächen sind zu begrünen und gärtnerisch zu gestalten. 4.3 Umgang mit Oberboden Anfallender Oberboden ist seitlich zu lagern und zur Gestaltung von Grünanlagen wiederzuverwenden. C. PLANUNGSRELEVANTE HINWEISE AUF DER **GRUNDLAGE ANDERER RECHTSVORSCHRIFTEN,** DIE GEM. § 9 (6) BauGB NACHRICHTLICH IN DEN BEBAUUNGSPLAN ÜBERNOMMEN WERDEN SOWIE ALLGEMEINE HINWEISE Heilquellenschutzgebiet Der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist Bestandteil der Zone IV des qualitativen und der Zone C des quantitativen Heilquellenschutzgebietes, das für die staatlich anerkannten Heilquellen Friedrich-Karl-Sprudel und Hassia-Sprudel vorgeschlagen ist. Die für diese Zonen in der Verordnung festgelegten Verbote sind zu beachten. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt innerhalb der Zone I des noch rechtskräftigen Oberhessischen Heilquellenbezirkes - Verordnung, den Schutz der Heilquellen in der Provinz Oberhessen betreffend vom 07.02.1929 - , in der Bodeneingriffe von mehr als 5 m genehmigungspflichtig sind. Diese wasserrechtliche Vorschrift ist zu beachten. Schutz von unterirdischen Leitungen Bei Erdarbeiten sind die Vorschriften der Versorgungsträger zum Schutz von Leitungen zu beachten. Bei Bepflanzungsmaßnahmen im Bereich von Ver- und Entsorgungsleitungen sind ausreichende Pflanzabstände

einzuhalten, damit Auswechslungen oder Reparaturen dieser Anlagen vorgenommen werden können. Insbesondere sind Bepflanzungen so vorzunehmen, dass mit einer Gefährdung der Versorgungsleitungen nicht zu rechnen ist. Bauwerke sowie Einzäunungen und Mauern sind so zu gründen, dass sie Leitungen nicht gefährden und bei Aufgrabungen an den Leitungen nicht gefährdet sind. Denkmalschutz Baumaßnahmen an den denkmalgeschützten Verwaltungsgebäuden östlich der Friedberger Straße sowie Baumaßnahmen im engeren und weiteren Einwirkbereich der denkmalgeschützten Verwaltungsgebaude sind vor Bauantragsstellung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde Bodendenkmäler Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern und andere Funde, z.B. Scherben, Steingeräte und Skelettreste entdeckt werden. Diese sind unverzüglich dem Landesesamt für Denkmalpflege Hessen - Archäologische Denkmalpflege oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu Die Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen. Altablagerungen Altablagerungen sind im Plangebiet nicht bekannt. Es liegen für diesen Bereich sowie die nähere Umgebung auch keine

Hinweise auf Altablagerungen vor.

Es besteht jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, dass bei

Bodenkontaminationen oder sonstige Beeinträchtigungen

angeschnitten werden. Dabei kann es sich u.U. um

ordnungsgemäße Beseitigung der Abfallstoffe gemäß

Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Staatliches

Magistrat der Stadt Bad Vilbel oder der

Behandlung von Niederschlagswasser

versickert werden.

Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises zu benachrichtigen. Die weitere Vorgehensweise ist

gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen.

Umweltamt Frankfurt, die nächste Polizeidienststelle, der

Ausschachtungsarbeiten bislang unbekannte Ablagerungen,

ausgassende, umwelt- und gesundheitsgefährdende Stoffe

handeln. Um eventuelle Gefährdungen zu vermeiden und die

Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zu gewährleisten, sind

bei neu entdeckten Bodenverunreinigungen unverzüglich das

Gemäß § 51 Hessisches Wassergesetz (HWG) soll Abwasser,

insbesondere Niederschlagswasser, von demjenigen, bei dem es anfällt, verwertet werden, wenn wasserwirtschaftliche und

Niederschlagswasser soll darüber hinaus in geeigneten Fällen

Carpinus betulus (Hainbuche) Corylus avellana (Haselnuss) Cornus sanguinea (Blut-Hartriegel) Schlehe (Prunus spinosa) Traubenkirsche (Prunus padus) Heckenkirsche (Lonicera xylosteum) Pfaffenhütchen (Euonymus europaeus) Liguster (Ligustrum vulgare) Wolliger Schneeball (Viburnum opulus) RECHTSGRUNDLAGEN Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. I. S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-ÄndRL, der IVU-RL und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz (Umweltgesetz 2001) vom 27. Juli 2001 (BGBI, I S. 1950). Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBI I 2002 S. 1193). Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-ÄndRL, der IVU-RL und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz (Umweltgesetz 2001) vom 27. Juli 2001 (BGBI. I S. Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen vom 27. September 1994, zuletzt geändert 2001. Hessische Bauordnung (HBO) in der Fassung vom 18. Juni 2002 (GVBI. IS. 274). Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (HE NatG) in der Fassung vom 16. April 1996 (GVBI. I. S. 145), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2002 (GVBI. I S, 364). Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I. S. 132), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBI. Nr. 16 S. 479). Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBI, 1991 I S. 58). Verordnung zum Schutz der staatlich anerkannten Heilquellen des Landes Hessen (Heilquellenschutzgebietsverordnung Bad Vilbel) vom Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz) vom

23. September 1974 (GVBI. S. 450) in der Fassung vom 5. September

1986 (GVBI, S. 262, 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.

Oktober 2001 (GVBI. I S. 434, 439): § 27.

GRZ

Gebietsart

GEe

Gewerbegebiet § 9(1)1 BauGB § 8 BauNVO

Grundflächenzahl § 9(1)1 BauGB § 16 BauNVO

§ 9(1)1 BauGB § 16 BauNVO

§ 9(1)1 BauGB § 16 BauNVO

§ 9(1)2 BauGB § 23 BauNVO

Straßenverkehrsflächen

Baugrenze § 9(1)2 BauGB § 23 BauNVO

Elektrizität

ANLAGE: PFLANZLISTEN

Mindestqualität: 3 x v Stammumfang 18 –20 cm

Sorbus intermedia (Schwedische Mehlbeere)

Sorbus thuringiaca (Thüringische Mehlbeere)

Pyrus calleryana 'Chanticleer' (Chinesische Wildbirne)

Auswahlliste 1: - Bäume -

Acer campestre (Feldahorn)

Acer pseudpplatanus (Bergahorn)

Alnus cordata (Herzblättrige Erle)

Betula pendula (Hänge-Birke)

Carpinus betulus (Hainbuche)

Corylus colurna (Baumhasel)

Fraxinus excelsior (Esche)

Platanus acerifolia (Platane)

Quercus robur (Stieleiche)

Hedera helix (Efeu)

Quercus petraea (Traubeneiche)

Polygonum aubertii (Knöterich)

Lonicera caprifolia (Geißblatt)

Auswahlliste 3:- Sträucher

Mindestqualität: 100-150 cm

Acer campestre (Feldahorn)

Tilia cordata (Winterlinde in Sorten)

Tilia platyphylla (Sommerlinde in Sorten)

Auswahlliste 2: - Fassadenbegrünung -

Parthenocissus in Arten (Wilder Wein)

Mindestqualität: mit TB, 4-6 Triebe, 60-80 cm

Acer platanoides in Sorten (Spitzahorn)

Baulinie

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

121,58 m ü.NN. an der Stadastraße.

Gebäudehöhe

siehe Plan

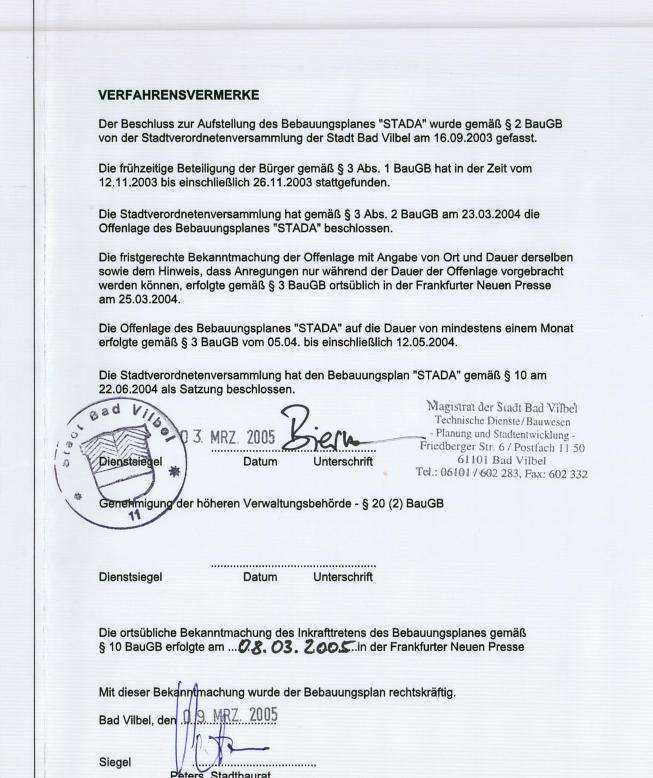
siehe Plan

Eingeschränktes Gewerbegebiet gem. textl. Festsetzung Nr. 1.1

Lichte Höhe baulicher Anlagen als Mindest- u. Höchstmaß

Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen für bauliche Anlagen:

§ 9 (1)15 BauGB Grünflächen Öffentliche Grünflächen Private Grünflächen Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für § 9 (1)20,25 BauGB Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft Bäume (Erhaltung) § 9 (1)1 BauGB § 9(1)25b BauGB ····· Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz § 9 (6), § 172(1) BauGB Einzelanlagen (unbewegliche Kulturdenkmale), die dem Denkmalschutz unterliegen § 9 (1)1 BauGB Sonstige Planzeichen Stellplätze im Parkdeck (mit Angabe der Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß) Oberkante baulicher Anlagen als Höchstmaß sowie als Mindest- und Höchstmaß Stellplätze in der Tiefgarage § 9(1)4 BauGB Mit Geh- und Fahrrechten zugunsten der Anlieger zu belastende Flächen Mit Leitungsrechten zugunsten der Versorgungsträger zu belastende Flächen § 9 (1)2 BauGB Durchfahrt (mit Angabe der lichten Höhe als Mindest- u. Höchstmaß) Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes § 9 (1)11 BauGB § 1(4) BauGB, § 16(5) BauNVO Sonstige Darstellungen Flurstücksnummer Flurstücksgrenze § 9 (1)11 BauGB 121/ Höhenlinien § 9(1)12 BauGB VERFAHRENSVERMERKE



Stadt Bad Vilbel

Stadtteil Dortelweil



Übersichtsplan, unmaßstäblich **B-Plan** Datum Juni 2004 MASSTAB 1:1000 Satzung 03044 Planungsstand Projekt Nr. Bearbeiter sk/ny Bearbeiter Gezeichnet 02/2004 Geändert P:\Aktuell\03044\CAD\Lp-3\ CAD-FILE: Aktuell\ 03044\Cad\Lp-3\ 1. Einzel\B-PlanOkt03.pln 3-Plots\Lay\B-Plan bunt_ms.lay

PROF. BREMMER - LORENZ - FRIELINGHAUS PLANUNGSGESELLSCHAFT MBH ARCHITEKTEN BDA STRASSHEIMER STRASSE 7 TEL.: 06031/6002-0

61169 FRIEDBERG PLANUNG UND BERATUNG HERBER/WIESMANN KAISERSTRASSE 177

TEL.: 06031/2011 FAX.: 06031/7642

FAX.: 06031/6002-22

61169 FRIEDBERG DAS URHEBERRECHT AN DIESER ZEICHNUNG VERBLEIBT BEI UNS. SIE DARF OHNE UNSERE GENEHMIGUNG WEDER VERVIELFÄLTIGT NOCH DRITTEN PERSONEN, INSBESONDERE WETTBEWERBERN, ÜBERLASSEN ODER SONSTWIE ZUGÄNGLICH GEMACHT WERDEN (§ 3 DES GESETZES VOM 19.06.1901).